

## Mit mehr Lust auf Politik!

### Neujahrsempfang der LINKEN.Potsdam/ Neueröffnung des „rotbloq“

Seit November 2019 wurde um- und ausgebaut in der Kreisgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.Potsdam. Und das alles bei laufendem Betrieb. Am 31. Januar 2020 war es nun soweit: der Kreisverband der LINKEN.Potsdam hatte alle Interessierten zum Neujahrsempfang und der Neueröffnung ihrer Kreisgeschäftsstelle in die Zepelinstraße 7 eingeladen. Nach intensiven Umbau- und Modernisierungsarbeiten erstrahlt die Kreisgeschäftsstelle mit neuem Gesicht unter dem Namen „rotbloq“, passend zum Plattenbau, in dem sich die Räumlichkeiten befinden. Neben der neu gestalteten Kreisgeschäftsstelle und den Wahlkreisbüros des Bundestagsabgeordneten Norbert Müller sowie der beiden Landtagsabgeordneten Isabell Vandree und Marlen Block, gibt es nun ein offenes Projektbüro mit modernster Technik, das viele Möglichkeiten für unterschiedlichste Veran-



staltungsformate bietet. „Wir wollen in der Zepelinstraße 7 einen Anlaufpunkt für linke politische Arbeit in Potsdam schaffen und stärker in die Stadt hineinwirken“, sagen die beiden Kreisvorsitzenden Martina Trauth und Roland Gehrman. Mit der Modernisierung der Räume, weg von einer pragmatischen, funktionalen Büroein-

richtung, hin zur unkonventionellen Gestaltung mit Sitzecke, Podium für Events, Kaffeebar und Kommunikationsinseln verfolgen die beiden Kreisvorsitzenden auch das Ziel, politische Arbeit niedrigschwelliger zu gestalten. „Wir wollen mehr Lust auf Politik machen“, so die beiden Kreisvorsitzenden. (mehr siehe Seite 3)

## Vielseitiges Gedenken am Holocaustgedenktag auch in Potsdam



75 Jahre liegt die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zurück. An diesem offiziellen Gedenktage wurde auch in unserer Landeshauptstadt mit vielen Veranstaltungen an den Holocaust erinnert. So bereits um 11.00 Uhr am Babelsberger Willi-Frohwein-Platz mit Potsdams Dezernenten Burkhard Exner und Dieter Jetschmanegg und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Pete Heuer (SPD). Von der Linkspartei waren neben zahlreichen Mitgliedern auch der Kreisvorsitzende Roland Gehrman und die LINKEN Stadtverordneten Stefan Wollenberg, Fraktionsvorsitzender, Sascha Krämer und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg auf der Gedenkveranstaltung zugegen. Mit dabei auch Schülerinnen und Schüler des Bertha-

von-Suttner-Gymnasiums Babelsberg, die sich in schulischen Projekten mit dem Leben und Wirken des Babelsberger Antifaschisten Willi Frohwein und mit der geplanten Neugestaltung des Platzes beschäftigten. Was bereits Burghard Exner in seiner Ansprache hervorhob unterstrichen die Gymnasiasten mit ihren Beiträgen zum Lebensweg Willi Frohweins. Sie erinnerten an das kampferfüllte Leben des Antifaschisten und „Halbjuden“, der Überlebender des KZ Auschwitz war. Bekannt wurde Frohwein durch seine Aussagen als Hauptbelastungszeuge im Prozess gegen den Lagerarzt von Auschwitz, Horst Fischer. Als Zeitzeuge suchte Willi Frohwein das Gespräch mit Jugendlichen und berichtete von den Greueln des Naziregimes. Am 9. November 2005 wurde Willi Frohwein mit der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Potsdam geehrt. 2009 verstarb der Antifaschist in Babelsberg. Und 2011 erhielt schließlich der Platz am Findling seinen Namen. Und so hat sich der Platz zu einem Gedenkort entwickelt.

Jährlich finden hier am 27. Januar eine Gedenkveranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und der Befreiung des KZ Auschwitz statt. Mit der Neugestaltung des Platzes soll er noch mehr als ein Ort der Begegnung, der Gespräche und des Gedenkens eine Verbindung der Vergangenheit mit der Gegenwart herstellen. Weitere Gedenkveranstaltungen waren am 27. Januar 2020 in Potsdam an der Statue „Das Opfer“ in der Gedenkstätte Lindenstraße 54 mit Oberbürgermeister Mike Schubert und Brandenburgs Wissenschaftsministerin Manja Schüle (beide SPD). Im Potsdamer Justizzentrum Jägerstraße wurde die Ausstellung „Jüdische Juristinnen“ des Deutschen Juristinnenbundes eröffnet. Organisiert vom Fanladen des SV Babelberg 03 war dann ein Stolpersteinspaziergang auf dem Programm. Am Abend begann eine Podiumsdiskussion zur Fotoausstellung „AugenZeugen“ im Foyer des brandenburgischen Landtages, Alter Markt, an der auch einige der porträtierten Zeitzeugen teilnahmen. Ebenfalls abends fanden Gedenken und Gebete aus der jüdischen Tradition vor dem Gemeindehaus der jüdischen Gemeinde statt. Anschließend lud ein Vortrag von Olaf Glöckner zum jüdischen Widerstand in die Nagelkreuzkapelle ein. -bm

## In dieser Ausgabe

### LINKS kommentiert

2 Die Lausitz als Modellregion für Bedingungsloses Grundeinkommen?/Zahl der Woche

### LINKS intensiv

3 „rotbloq“ - Raum für politische Kultur/ Betrachtungen zu „Der marktgerechte Mensch“

### LINKE Kalenderblätter

4 LINKE - standhaft und konsequent / Kalenderblätter im Januar

### LINKS IM RATHAUS

5 EvB zurück in den Tarif / Extavium / Potsdam-Museum / Kiezbad Nord und freier Uferweg

### LINKS DIREKT

6 LINKE Opposition im Landtag/ Neujahrsempfang der Stadt / Rentenreform statt Altersarmut / Kämpfen für einen Sozialstaat der Zukunft / Ho, Ho, Hohenzollern

### DIE LETZTE SEITE

8 Fehler in der Stadtentwicklung nicht wiederholen/Tipps & Termine

### Informationen der Redaktion

Die Märzausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 4. März 2020. Redaktionsschluss für diese Ausgabe ist am 23. Februar 2020.

Die Redaktion

## Die Lausitz als Modellregion für ein Bedingungsloses Grundeinkommen?

*Kurz vor Jahresende 2019 haben sich Dr. Baukje Dobberstein von der Initiative „BGE statt Braunkohle“ und Ringo Jünigk, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen Brandenburg in und bei der Partei DIE LINKE, mit dem Lausitz-Beauftragten der Brandenburger Staatskanzlei, Dr. Klaus Freytag, in Cottbus getroffen, um über die Idee einer Grundeinkommens-Modellregion in der Lausitz zu sprechen.*

Die Lausitz steht vor einem Strukturwandel. Ideen waren und sind zum Teil noch gefragt, falls tatsächlich vom Bund rund 10 Milliarden Euro in den kommenden 20 Jahren in die Lausitz fließen sollten. „Das Gesetzgebungsverfahren dazu ist aktuell noch nicht vollständig abgeschlossen“, bestätigt der Lausitz-Beauftragte Dr. Freytag den beiden Befürwortern der Idee, in der Lausitz mit einem Teil des Geldes eine wissenschaftlich begleitete Studie einer Grundeinkommens-Modellregion zu finanzieren. Die Projektidee erläuterte Dr. Dobberstein so: „Den Einwohner\*innen eines Dorfes, einer Gemeinde oder einer Kleinstadt in der Lausitz wird für die Förderungsdauer ein monatliches Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ausgezahlt und durch eine Wirtschaftlichkeits- und Sozialökologische Studie begleitet.“

Zu untersuchen sind dabei zum Beispiel die Auswirkungen auf lokale wie regionale Wirtschaftskreisläufe, auf die Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie auf die kommunale Fiskalpolitik, auf eigenes Unternehmertum, Gemeinschaftsgefühl, Ehrenamt, Geburtenrate, Gesundheit oder auch die verhinderte Abwanderung.

Ringo Jünigk, der sich seit 2008 intensiv mit der Idee und den verschiedenen Konzepten eines steuerfinanzierten Grundeinkommens auseinandersetzt, unterstützt die Initiative für die Lausitz: „Die Wirtschaft befindet sich im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung, was immer öfter mit einem Streichen von Erwerbsarbeitsplätzen vor der eigenen Haustür einhergeht.“

„Beim Braunkohleausstieg geht es um viel mehr, als um die 9.000 Beschäftigten in der Branche. Es geht um ein Herzstück



Dr. Klaus Freytag, Lausitz-Beauftragter der Brandenburger Staatskanzlei, Dr. Baukje Dobberstein von der Initiative „BGE statt Braunkohle“ und Ringo Jünigk, Sprecher der LAG Grundeinkommen Brandenburg in und bei der Partei DIE LINKE (v.l.n.r.) im Gespräch über eine mögliche Grundeinkommens-Modellregion in der Lausitz.

regionaler Identität. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Ziel ist es, den Wandel nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance zu begreifen, etwas Neues zu wagen“, bekräftigt Dr. Dobberstein.

„Ob bewusst durch die Machenschaften der Treuhand nach der Kehre, durch politisch motiviertes Plattmachen der ostdeutschen Photovoltaikindustrie um 2010 oder den beschlossenen Braunkohleausstieg in gut 20 Jahren – es kann heute jede Branche bundesweit treffen“, reflektierte Jünigk weiter. „Fakt ist, dass der Staat in erster Linie die Steuerungsaufgabe hat, einem jeden Menschen per Existenz ein würdiges Einkommen zum würdevollen Auskommen zu garantieren, um seine Grundbedürfnisse befriedigen und seine Grundrechte wahrnehmen zu können – und das BGE würden diesen Anspruch erfüllen.“

Der Lausitz-Beauftragte informierte über die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung im Strukturentwicklungsprozess, wie z. B. eine denkbare Mitwirkung im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozesses der Zukunftswerkstatt Lausitz. Weitere Anknüpfungspunkte könnten lokale Diskussionsveranstaltungen und eine konzeptuelle Konkretisierung eines sol-

chen Modellprojekts in Zusammenarbeit mit den Hochschulen der Lausitz und interessierten Kommunen sein. „Der Strukturwandel kann in der Region auch zu sozialen Veränderungen führen. Dabei könnten auch neue Modelle des gesellschaftlichen Zusammenlebens eine Rolle spielen“, teilte Dr. Freytag den Projektvertretern mit.

### Hintergrundinformationen

Das neue Mantelgesetz Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen besteht aus dem neuen Stammgesetz „Investitionsgesetz Kohleregionen“ und weiteren gesetzlichen Änderungen. Der Kern der Förderarchitektur besteht aus Finanzhilfen für Investitionen der Länder nach 104b GG und aus bundeseigenen Projekten. Zudem regelt das „Investitionsgesetz Kohleregionen“ die Hilfen für strukturschwache Standorte, wie u. a. der Lausitz. Am 21. August 2019 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Länder- und Verbändebeiträge für den Referentenentwurf für das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (StStG) eingeleitet. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf am 28. August 2019 beschlossen. Aktuell läuft das parlamentarische Verfahren. pm/red

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.

**REDAKTION:** Bernd Martin (V.i.S.d.P.); H. Jo. Eggstein, Layout, Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv  
**DRUCK:** Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

## Die „Zahl der Woche“

62 Prozent aller berechtigten Senior\*innen nehmen keine Grundsicherung für sich in Anspruch. Dies geht aus einer aktuellen Studie des DiW Berlin hervor. Demnach nehmen 625.000 Privathaushalte in Deutschland ihr Recht nicht wahr, ihre zu niedrige Rente entsprechend zu erhöhen. Die anspruchsberechtigten Rentner\*innen hätten bei Inanspruchnahme im Durchschnitt 30% mehr Geld zum Leben. Gründe für den Verzicht sehen die

Autor\*innen vor allem darin, dass viele Menschen nicht von ihren Ansprüchen wissen, die Verfahren zu kompliziert sind oder aus Scham auf keinen Antrag stellen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und ein zu geringer Mindestlohn werden in den kommenden Jahren dazu führen, dass immer mehr Beschäftigte ihren Lebensabend in Armut verbringen müssen. Altersarmut muss mit allen Mitteln und in seinen Ursachen bekämpft werden, das

bedeutet vor allem, dass gute Löhne für gute Arbeit gezahlt werden. Eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes sowie die Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen sind dafür unerlässlich. Darüber hinaus muss eine solidarische Mindestrente oberhalb der Armutsgrenze für ein würdevolles Leben im Alter sorgen. G.L.

## „rotbloq“ - Raum für politische Kultur



Am 31.01. wurde in der Zeppelinstraße 7 das „rotbloq“ im Zuge des Neujahrsempfangs der LINKEN Potsdam eröffnet. Das „rotbloq“ bietet Raum für linke Politik in ihrer Bandbreite - die Strukturen der Partei DIE LINKE und dem parteinahen Jugendverband



den sich erstmals Menschen aus der Partei und ihrem Umfeld, der Linksjugend [solid] sowie Sympathisant\_innen bei einem Nutzer\_innenplenum zusammen und erarbeiteten ein Konzept. Bis zur Eröffnung fanden Umbauarbeiten statt - Wände wurden gestrichen, ein Tresen und ein Podest gebaut, sowie Korkwände und Dekoration angebracht. Das „rotbloq“ wird von den Abgeordneten Isabelle Vandre MdL, Marlen Block MdL und Norbert Müller MdB sowie der LINKEN Potsdam unterhalten. Darüber hinaus wird es aktiv von einem Kreis an Nutzer\_in-

linksjugend [solid], für außerparlamentarische Initiativen und emanzipatorische Bildungsprojekte. Spätestens während des Landtagswahlkampfes 2019 entstand die Idee, ein offenes linkes Büro in Potsdam aufzubauen, um LINKE Politik für die Stadtgesellschaft weiter zugänglich zu machen.

nen und Sympathisant\_innen betrieben, gestaltet und genutzt. Grundsatz des „rotbloq“ ist es dabei, dass alle Nutzenden den Raum solidarisch und gemeinsam gestalten. Um diesen Austausch zu ermöglichen wird regelmäßig zu Nutzer\_innenplena eingeladen. Gliederungen und Arbeitsgruppen der LINKEN, linken politischen Gruppen und Initiativen oder Einzelpersonen steht das Projektbüro als Plenums- oder Veranstaltungsort offen.

Adresse: Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam  
 Mail: [rotbloq@dielinke-potsdam.de](mailto:rotbloq@dielinke-potsdam.de)  
 Facebook: <https://www.facebook.com/rotbloq/>  
 Eine eigene Website ist in Arbeit.

Die ersten Veranstaltungen und Treffen im Februar 2020:  
**Dienstag**, 04.02., 18.00 Uhr: Nutzer\_innenplenum



**Dienstag**, 04.02., 19.00 Uhr  
 Film und Diskussion: 100 Jahre Blutbad vor dem Reichstag & Betriebsrätegesetz von 1920

**Donnerstag**, 13.02., 18.30 Uhr:  
 rotbloq meets: Bürgerinitiative gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche

**Mittwoch**, 19.02., 15.00 Uhr:  
 Senior\_innencafé

**Mittwoch**, 19.02., 18.00 Uhr:  
 Treffen der AG Umwelt der LINKEN Potsdam

**Dienstag**, 25.02., 18.30 Uhr:  
 Schattenarmee oder Einzelfälle? Rechte Netzwerke in Bundeswehr und Polizei mit Martina Renner, MdB

**Mittwoch**, 26.02., 18.30 Uhr:  
 Linker Frauen\*stammtisch mit Martina Trauth

Fotos: Bernd Martin

## Der Mensch ist keine Ware...

### Zur Premiere des Films „Der marktgerechte Mensch“ im Potsdamer Thalia-Kino

Die neueste Dokumentation der Filmmacher Herdolor Lorenz und Leslie Franke feierte am 16.01. deutschlandweit Premiere. DIE LINKE.Potsdam hat den Film mitfinanziert und durfte deshalb auch die Premiere in Potsdam ausrichten. Etwa 70 Gäste folgten unserer Einladung ins Thalia Programmkino. Eingestimmt wurden sie von einem hervorragenden Inputreferat von Susanne Ferschl – Bundestagsabgeordnete, stv. Fraktionsvorsitzende der LINKEN und Sprecherin für Gute Arbeit. Susanne monierte, dass heute 40% der Deutschen weniger Geld haben als noch in den 1990er Jahren, jeder 5. im Niedriglohnsektor arbeitet und 7,5 Millionen Menschen gar in atypischer, prekärer Beschäftigung gefangen sind – befristet, in Leiharbeit oder in Mini Jobs. Diese Menschen leben in ständiger Angst und setzen sich auch nicht für bessere Arbeitsbedingungen ein, sie sind Beschäftigte 2. Klasse in der immer unsicherer werdenden Arbeitswelt. Ein Viertel aller Hartz-IV-Beziehenden ist sogar erwerbstätig – hier wird nicht nur die Arbeit abgewertet, sondern der Staat subventio-

niert sogar noch die Unternehmen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jede Arbeitsstunde sozialversicherungspflichtig ist, 12 Euro Mindestlohn als untere Auffanglinie eingeführt und v. a. die Tarifbindung erhöht werden. Leiharbeit gehört langfristig abgeschafft und die Gewerkschaften müssen gestärkt werden, um Hierarchien zu durchbrechen. Erste bestehende Erfolge, z. B. bei Amazon, gilt es zu unterstützen. Susannes Themen durchzogen dann passenderweise auch den sehenswerten Film, zeigte Negativbeispiele wie bei H&M, Deliveroo, Freelancern, in der Transportbranche oder der Wissenschaft auf. Deutlich wurden dabei v.a. die fehlende Achtung vor dem Menschen und die extreme Entsolidarisierungs-Maschinerie, die unweigerlich zu Überlastung, Stress und immer mehr Wettbewerbsdruck führt. Der soziale Zusammenhalt zerbricht im ichbezogenen Konsumkapitalismus – Scheitern schreibt man fälschlicherweise sich selbst zu und nicht den desaströsen Arbeitsbedingungen. Dabei ist das eigentliche Problem, dass gerade einmal 36 Menschen in



Deutschland genauso viel besitzen wie die Hälfte aller in Deutschland lebenden Menschen! Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor Europas, das muss sich ändern. Doch der Film macht auch Hoffnung, zeigt das Prinzip der Gemeinwohlökonomie und Firmen wie die Sparda-Bank München, die als einer der besten Arbeitgeber Deutschlands mit ihrer Gemeinwohlbilanz erfolgreich sind: Achtung der Würde des Menschen, Kooperation und Solidarität, Partizipation, soziale Gerechtigkeit und ökologisch nachhaltiges Handeln.

Hier wurde erkannt, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist und nichts andersherum. DIE LINKE steht an der Seite der Gewerkschaften und der Beschäftigten – gemeinsam sitzen wir am längeren Hebel. Wir müssen unsere Macht nur nutzen, denn der Mensch ist eben keine Ware. Der Film „Der marktgerechte Mensch“ ist dazu geeignet, hierzu anzuregen und den Stein weiter ins Rollen zu bringen. DIE LINKE.Potsdam ist daher gern zu weiteren Vorführungen bereit. Außerdem läuft der Film aktuell in vielen Kinos. - Tina Lange

# Kalenderblätter Februar

1710

## Potsdam „verändert“ sich

Friedrich I. schreibt am 10. Februar an die Kurfürstin Sophie von Hannover: „Potsdam lasse auch ändern und wird es nicht mehr zu kennen sein, denn die Fenster werden alle größer gemacht.“

1910

## Ballonflug und Liebknecht

Der Potsdamer Leutnant Alexander Holthoff v. Fassmann fliegt am 12. Februar als erster Deutscher mit dem Ballon „Berlin“ über die Alpen. Bei St. Moritz gestartet, landet er nach 22 Stunden Flug über die Berniner Kette und die Bergamosker Alpen südlich von Mailand „sehr glatt“. Dabei wird eine Höhe von mehr als 6.000 m erreicht. Karl Liebknecht spricht am 23. Februar im Singerschen Lokal (Nowawes) vor 2.000 zu dem Thema „Preußisch-Deutschlands politische Lage“

1925

## Erste Potsdamer Stadtverordnetenversammlung

Ergebnisse der ersten Wahl zur Nowaweser Stadtverordnetenversammlung vom 22. Februar: Bürgerliche Vereinigung 14; SPD 13; KPD 3; Deutsche Demokratische Partei 2 Sitze.

1940

## Großmarkthalle im Kutschstall

Im ehemaligen Kutschstall am Neuen Markt wird am 6. Februar um 8.30 Uhr eine Großmarkthalle für Obst und Gemüse eröffnet. Sie versorgt die etwa 400 Potsdamer Geschäfte.

1945

## Sonderzuteilung für Flüchtlinge

Potsdam hat 119.378 Einwohner, darunter 30.000 Flüchtlinge. Die registrierten Flüchtlinge in Potsdam erhalten am 19. Februar 0,5 kg Zucker und 125 g Seifenpulver als Sonderzuteilung.

1950

## Frieden und die Einheit Deutschlands

Friedensmanifestation der Potsdamer Bevölkerung am 13. Februar im Nikolaisaal anlässlich des 5. Jahrestages der Bombardierung Dresdens. 1.000 Bürger nehmen daran teil. Otto Meier, Präsident des Brandenburgischen Landtages: „Es wird kein zweites Dresden geben, wenn wir bereit sind, um die Einheit Deutschlands zu kämpfen und zu siegen.“

1955

## Konferenz junger Patrioten

„Konferenz junger Patrioten“ am 25. Februar im „Haus der Offiziere“. Hans Kleinschmidt, 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Potsdam-Stadt, erklärt: „Wenn wir leben wollen, dann müssen die Pariser Verträge fallen. Es geht um Leben und Tod, und niemand darf abseits stehen.“

1960

## Musikalischer Frühschoppen in der „Molle“

In der Gaststätte „Zur Molle“ am Platz der Nationen (heute Luisenplatz) findet am 7. Februar ein musikalischer Frühschoppen statt. Bruno Konitzka schreibt in der „Märkischen Volksstimme“: „Endlich hat einer die Initiative ergriffen, den männlichen Werktätigen aus der Produktion und Verwaltung nach vollendeter Wochenarbeit 1 bis 2 Stunden des Frühschoppens gemütlich zu gestalten, was viel zur Entspannung beiträgt.“

1965

## Spitzensport und Jugendweihe

Der erfolgreiche Mittelstreckenläufer Siegfried Valentin besucht am 3. Februar die Klasse 9b der Helmholtz-Oberschule. Er berichtet von seinen sportlichen Erfolgen, besonders von den Olympischen Spielen in Tokio. Verkaufsmodenschau zur Jugendweihe 1965 des HO-Kaufhauses der Freundschaft im Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft am 6. Februar. Fünf Schülerinnen der Oberschule 12 (Potsdam West) führen die Modelle „...Samtkleid bis zum ansprechenden Jackenkleid, vom sportlichen bis zum eleganten Mantel...“ vor.

## LINKE – standhaft und konsequent!

Das politische Wirken Liebknechts ist für uns LINKE bis heute ein Quell der Inspiration. In Zeiten des dumpfen Kriegstaumels widersetzte er sich dem Druck der Nation und seiner Partei. Er stimmte gegen die Kriegskredite und ging für seine Ideale ins Gefängnis. Er wurde verunglimpft, geschmäht und schließlich ermordet. Er blieb seinen revolutionären Idealen treu und wurde zu einem der Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Auch heute stehen unsere LINKEN Abgeordneten vor der Frage, was gewissenstreueres Handeln im Parlament bedeutet. Sollen wir Angehörige der AfD in das Parlamentspräsidium wählen? Sollen wir ihre Wahl in den Richterwahlausschuss tolerieren? Sollen wir Gesetzesvorhaben der eigenen Koalition zustimmen, durch welche Polizei und Geheimdienste gestärkt werden? Oder geben wir unsere Stimme für Privatisierungen, da sie unumgänglich erscheinen? Eine der wichtigsten Lehren, die uns

Karl Liebknecht hinterlässt, ist: jede linke Volksvertreterin und jeder linker Volksvertreter hat die individuelle Verantwortung, standhaft und konsequent für den Frieden, gegen den Faschismus und für den demokratischen Sozialismus einzutreten. Alternativlosigkeit, Druck und Gewalt kann nur durch Standhaftigkeit und Prinzipientreue begegnet werden.

Am 13. Januar 1919 konnte man im „Vorwärts“ lesen:

„Vielhundert Tote in einer Reih' Proletarier! Karl, Rosa, Radek und Kumpagnei, es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!“

Die Zeilen stammen von Artur Zickler, der für den „Vorwärts“ schrieb und 1933 der NSDAP beitrug.

Zwei Tage später, am 15. Januar 1919, waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg tot. Der Streit der beiden Arbeiterparteien mündete im Undenkbaren und vertiefte die Spaltung und den Hass auf Jahrzehnte.

14 Jahre später war Hitler an der Macht und beseitigte ohne Um-

schweife erst die KPD und dann die SPD. Der Zorn aufeinander machte beide Schwestern am Ende hilflos gegen die wahre Gefahr.

Wie die Welt am Ende des nun anstehenden neuen Jahrzehntes aussehen wird, können wir nur ahnen. Als LINKE aber kämpfen wir konsequent und mit Rückgrat dafür, dass sie friedlicher, sozialer und nachhaltiger sein wird. Und wenn der Faschismus mit der Faust an die Tür hämmert wissen wir, dass es nicht schadet der Schwester die Hand zu reichen und sich gemeinsam zur Wehr zu setzen. Es gibt die Zeit der klaren Position, der Abgrenzung, des Aufschreis. Aber, um dem Bösen zu begegnen bedarf es einer breiten Front. Dazu sind wir bereit.

(Aus der Rede von Roland Gehrman zur Liebknecht-

Ehrung am 15. Januar 2020 in der Potsdamer Hegelallee).



Zur Gedenkveranstaltung am 19. Januar 2020 in Potsdam dabei: Norbert Müller (MdB) und Isabel Vandre (MdL und Stadtverordnete)

## EvB zurück in die Tarifbindung

"Wir gratulieren den Initiatoren des Bürgerbegehrens und bedanken uns für ihr großartiges Engagement. Der enorme Zuspruch zeigt, gute Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung sind dringende städtische Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Die LINKE hat von Anfang an das Bürgerbegehren „Für bessere Versorgung und Tariflohn in der Klinikgruppe Ernst von Bergmann unterstützt. Wir müssen jetzt die Arbeitsbedingungen im Klinikum verbessern und faire Löhne zahlen“, erklärt der Stadtverordnete Sascha Krämer.

Die Stadtverordnete Isabelle Vandre erklärt dazu: "Die Rückkehr des Klinikums in den kommunalen Arbeitgeberverband und die Durchsetzung des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst in allen Bereichen des Klinikums sind drin-

gend notwendig. Die berechtigte Kritik der Arbeitnehmer\_innen an den Arbeitsbedingungen im Klinikum müssen wir ernst nehmen. Der Handlungsdruck ist enorm, u.a. weil der Wettbewerb um Fachkräfte vor allem über attraktive Arbeitsbedingungen entschieden wird. Im Bereich der Pflege streben wir außerdem die Einführung eines verbindlichen Personalschlüssels für die Stationen an, der auf der Grundlage gesetzlicher Rahmenbedingungen und pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse erarbeitet werden soll.

Nun ist es Aufgabe der Politik den Bürgerwillen zu respektieren, das Begehren anzunehmen und die darin aufgemachten Forderungen umzusetzen."



Die Initiatoren des Bürgerbegehrens „Gesunde Zukunft Potsdam“ Jörg Kwapis (Mitte) und Michael Schmid (rechts) links der Wahlleiter Michael Schrewe. Foto: S. Krämer

## Das Extavium gehört zu Potsdam



Klimanotstandes und der notwendigen Wende hin zu einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen

DIE LINKE will das Potsdamer Extavium mit einer Übergangslösung und einem neuen Träger retten. Einen entsprechenden Antrag bringt sie in die kommende Stadtverordnetenversammlung ein. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Stefan Wollenberg:

Das Extavium ist eine Einrichtung, die unverzichtbare Bildungsarbeit leistet. Bis zu 30.000 Besucher\*innen jährlich werden anschaulich und nachhaltig mit naturwissenschaftlichen Phänomenen und Zusammenhängen vertraut gemacht. Unter dem Gesichtspunkt des

gewinnt diese Bildungsarbeit noch an Bedeutung. Da sich die bisherige wirtschaftliche Konstruktion des Extaviums als nicht tragfähig erwiesen hat, schlägt DIE LINKE nun vor, im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens einen neuen Träger für das einzigartige Mitmach-Museum zu suchen. Dieser könnte den Betrieb im Sommer dieses Jahres übernehmen. Bis dahin soll die Stadt den Betrieb treuhändisch verwalten und mit der Fortführung der bisherigen Förderhöhe von 200.000 Euro pro Jahr dauerhaft sicherstellen.

„Das man mit Bildung kein Geld verdienen kann, ist eigentlich eine Binsenweisheit.“, erklärte Wollenberg heute im Rahmen eines Pressegesprächs im Extavium. „Den Betreiber\*innen ging und geht es um Bildungserfolge, nicht um finanziellen Gewinn. Eine Stadt wie Potsdam kann und sollte nicht auf ein solch tolles Projekt verzichten. Deshalb muss es jetzt darum gehen, eine Trägerkonstruktion zu schaffen, die für die nötige wirtschaftliche Sicherheit sorgt, damit sich die Kolleg\*innen des Extaviums darauf konzentrieren können, was ihre eigentliche Leidenschaft ist: die Vermittlung von Wissen und Neugier auf neue Erkenntnisse.“

„Wir unterstützen den Antrag der Linken und hoffen sehr, dass der politische Wille der Landeshauptstadt die Idee der sehr guten Wissensvermittlung von Naturwissenschaften in Potsdam hält. Das Extavium-Team ist für den Erhalt bereit neue Trägerstrukturen zu prüfen und auch anzunehmen“ so Anna Leest vom Extavium.

## Freien Uferzugang wirksam sichern

Die Diskussion um den freien Zugang zu Seen hat in Potsdam einen hohen Stellenwert. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Uferweg am Griebnitzsee, der mit dem Abbau der Grenzanlagen 1990 entstand. So wurde er zu einem für alle zugänglichen Wander- und Radweg. Diese neu gewonnene Freiheit nutzten viele mit zunehmender Selbstverständlichkeit. Doch diese Bedingungen änderten sich nach der Jahrtausendwende radikal. Das Bedürfnis von neuen und alten Grundstückseigentümern, ihre Grundstücke zu echten Wassergrundstücken aufzuwerten, war eine starke Triebkraft, die letztlich das Gemeinwohlinteresse an freien Uferwegen negierte. Die heftig kritisierte Sperrung des Uferwegs durch einige Grundstückseigentümer am Griebnitzsee hat sich leider seit mehr als zehn Jahren als dauerhaft erwiesen. Die Bemühungen der Stadt um einen rechtskräftigen Bebauungsplan als Rechtsgrundlage für mögliche Enteignungsverfahren sind durch erfolgreiche Klagen der Eigentümer mehrfach gescheitert, so Ende vergangenen Jahres. Andererseits gibt es nach wie vor eine große Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung für die Herstellung des freien Uferzugangs.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass die Funktion eines Uferwegbeauftragten seit mehreren Jahren unbesetzt ist. Gerade diese wichtige Koordinierungsfunktion wird dringend gebraucht, um die Anstrengungen der Stadt wirksam zu organisieren und zu bündeln. Interessanterweise hatte die SPD-Fraktion im März 2019, also kurz vor der Kommunalwahl, auf die schnellstmögliche Besetzung der Stelle des Uferwegbeauftragten gedrängt, was auch mehrheitliche Zustimmung fand. Leider müssen wir feststellen, dass der Oberbürgermeister diesen Auftrag bis heute nicht umgesetzt hat. Deshalb fordert die Linksfraktion mit einem Antrag für die Plenarsitzung Ende Januar vom Oberbürgermeister die Umsetzung des Beschlusses vom März 2019. Die Stelle des Uferwegbeauftragten soll unverzüglich ausgeschrieben und besetzt werden. Darüber ist monatlich im Hauptausschuss zu informieren.

Tina Lange, Stadtverordnete DIE LINKE.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Kiez-Schwimmbad Nord: Planung muss beginnen

Einfach Abtauchen – das wäre schön für uns alle. Doch leider sind Potsdams Schwimmhallen chronisch überlastet, ob beim Schul-, Freizeit-, Vereins- oder Leistungsschwimmen. Das weitere Bevölkerungswachstum in Potsdam sprengt die Möglichkeiten der vorhandenen Bäder. Das hat auch die Verwaltung inzwischen erkannt und erkennt im Gegensatz zu früher die Notwendigkeit an, dass wir ein drittes Kiezbad brauchen – und zwar bereits bis Mitte der 20er Jahre. Um das zu realisieren, muss die Planung noch dieses Jahr begonnen werden – jedoch gibt es bisher nicht einmal eine geeignete, gesicherte Fläche. DIE LINKE hat deshalb einen Antrag initiiert, in Krampnitz eine Fläche

für ein Kombibad (Schwimmbad mit Außenbecken oder mit Strandbad am Krampnitzsee für einen geregelten Seezugang) durch einen Bebauungsplan dauerhaft zu sichern. Die Halle soll mindestens fünf 25m-Bahnen und ein Lehrbecken bekommen. Die Verwaltung soll bis Mitte 2020 eine geeignete Fläche identifizieren. So wird auch vermieden, dass die anderen beiden von der Verwaltung geprüften Flächen zum Zuge kommen, die aus linker Sicht ungeeignet sind: Eine Fläche an der Biosphäre würde den ohnehin verkleinerten Volkspark noch weiter verkleinern. Eine Fläche in Fahrland-West im Landschaftsschutzgebiet wäre ein immenser, nicht wünschenswerter Naturein-

griff mit noch jahrelang ungewissem Ausgang. Jedoch: Wir brauchen ein Bad im Norden, denn nur so lässt sich auch das viel propagierte Ziel der „Stadt der kurzen Wege“ für das 10.000-Einwohner-Krampnitz erreichen – mit attraktiven Angeboten vor Ort, von denen gleichzeitig auch die 10.000en bereits in der Umgebung lebenden Potsdamer\*innen profitieren. So wird auch eine Menge unnötiger Verkehr vermieden. In einem 2. Schritt werden wir uns nach der Flächensicherung der zeitnahen Finanzierung des Kiezbades widmen, damit 2025 die ersten Bahnen geschwommen werden können.

## Riexinger: Rentenreform statt Altersarmut



Zum MONITOR-Bericht, über den deutlichen Anstieg von Altersarmut in Deutschland, erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE: „Die aktuellen Zahlen sind ein Beleg für die Untätigkeit und Unfähigkeit der Großen Koalition. Sie kann oder will nicht die dringend notwendigen Reformen in der Renten- und Lohnpolitik angehen. Das derzeitige Rentensystem ist nicht in der Lage, niedrige Löhne und unterbrochene Erwerbsbiografien ansatzweise abzufedern. Die beschlossene Grundrente ist ein Schritt in die richtige Richtung, greift aber zu kurz und reicht nicht aus, um die Renten auf ein armutsfestes Niveau zu heben. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird die Altersarmutsquote weiter ansteigen. Immer mehr Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, werden im Alter nicht von der Rente leben können. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass dies unter allen Umständen vermieden wird. Die Lebensleistungen von Menschen müssen anerkannt und honoriert werden. Ich fordere die Bundesregierung auf, dieses Problem nicht weiter zu ignorieren. Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Dies kann nur mit einer grundlegenden Reform des staatlichen Rentensystems gelingen. Wir brauchen eine armutsfeste, solidarische Mindestrente von 1.050 Euro. Dazu einen Mindestlohn von 13 Euro und die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. Auch brauchen wir ein solidarisches Rentensystem mit einer Erwerbstätigenversicherung, die alle Erwerbseinkommen einbezieht – auch Beamte, Freiberufler, Selbstständige und Politiker – sowie die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Wer 12.000 Euro im Monat verdient, muss auch für 12.000 Euro Beiträge zahlen.“

Foto: Alexas\_Fotos/pixabay

## LINKE Opposition im Brandenburger Landtag

Zum Beginn des Jahres 2020 hat die Linksfraktion im Brandenburger Landtag ein 100 Tage Programm vorgelegt. „Der Schwerpunkt unserer Parlamentsarbeit wird auf der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge liegen“, so die Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre. Und weiter: „wir verfolgen das Ziel der Rückergreifung des Öffentlichen. D.h. dass wir uns nicht von Profitinteressen die Lebensbedingungen in diesem Land definieren lassen. Das gilt für das Grundrecht auf Wohnen genauso, wie für die Sicherung guter Arbeitsverhältnisse, die Priorisierung der Bildung und die Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum.“ Insgesamt 17 Initiativen hat die Linksfraktion in ihrem 100 Tage Programm zusammengefasst. Die Palette der Forderungen reicht dabei von der Beitragsfreiheit des Schüler\_innenverkehrs in allen Landkreisen, über den Verkaufsstopp öffentlicher Flächen, über die Erarbeitung eines Grobkonzeptes



für den sozialen Arbeitsmarkt, über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Pflege – Tariflöhnen, bis hin zu der Forderung, dass keine weiteren öffentlichen Gelder in den Bau des BER fließen. Isabelle Vandre weiter: „Die ersten Initiativen haben wir bereits im Januar in das Plenum eingebracht. Besonders wichtig war uns das Anliegen im 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus den 8. Mai 2020 zum Feiertag zu erklären. Das würdige Gedenken an den

von Nazi – Deutschland ausgegangenen Vernichtungskrieg, den Völkermord und die 60 Millionen Menschen, die grausam ihr Leben ließen ist für uns gesellschaftliche Verantwortung.“ Der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion ergänzt: „Ein gesetzlicher Feiertag aus diesem Anlass wäre in Zeiten von zunehmendem Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, von Verklärung und gar Leugnung der NS-Verbrechen, ein Signal in die Gesellschaft, aber auch an unsere Nachbarn: Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger tun alles, damit sich so etwas nicht wiederholt! Es bleibt unverstehlich, dass die CDU vor diesem Hintergrund meint, DIE LINKE stelle einen „politischen Showantrag“. Aber auch SPD und Grüne haben keine überzeugenden Argumente gegen unsere Initiative. Ja, die Zeit bis zum 8. Mai ist kurz. Aber: Im Rot-Rot-Grün regierten Berlin ist die Einführung des Frauentags (8. März) als gesetzlicher Feiertag auch erst Ende Januar 2019 beschlossen worden. Was also zählt, ist der politische Wille.“

Isabelle Vandre (Mdl)

## Frischer Wind – „Altes, Bestehendes und Neues“



Eigentlich wollte ich nicht mehr hingehen – zu den zuletzt eher langatmig und wenig prickelnd gewesenen Neujahrsempfängen der Stadt Potsdam. Doch das Programm für dieses Jahr mit den Eckdaten 1945, 1990, 2020 machte mich neugierig, und da als Hauptredner ZZF-Chef Prof. Martin Sabrow angekündigt war, war eine gute Rede garantiert. Und so kam es auch. Sabrow sprach über die anstehenden Jubiläen und Jahrestage. Er verwies auf die nachhaltige Zäsur, die der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung darstellt, und auf die Bedeutung des 75. Jahrestages und der Berliner Ent-

scheidung, diesen Tag als gesetzlichen Feiertag zu begehen. Mit Bezug auf den 30. Jahrestag der „Wiedervereinigung“ machte er kein Hehl aus seiner Sorge, dass die kulturell-politische Spaltung der Gesellschaft tiefer werden könnte. Diese Sorge teilen wir Linke mit ihm. Seine Schlussfolgerung allerdings, dass durch diese Spaltung die Akzeptanz und Stabilität der Demokratie in Deutschland nicht infrage gestellt würde, sehe ich kritisch, denn es gibt – meine ich – schon eine Reihe von ernstzunehmenden Anzeichen dafür, dass genau das bereits passiert. Viel Stoff zur Diskussion! Manja Schüle (SPD) als neue Ministerin in der Brandenburger Regierung war die große Überraschung des Abends – nicht nur, weil ihre Rede gar nicht im Programm stand, sondern auch und vor allem, weil sie so mutig und konsequent

gegen Rechts und Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg auftrat. Solch eine selbstbewusste und politische Rede habe ich noch nie von einem SPD-Regierungsmitglied gehört. Und auch Oberbürgermeister Mike Schubert überraschte in seiner Eröffnungsrede, und zwar mit der für mich sehr klaren Aussage, man müsse beim Garnisonkirchturm und dem Kreativhaus Rechenzentrum „Altes, Bestehendes und Neues“ miteinander verbinden. Ein wichtiger Schritt für den nachhaltigen Erhalt des Rechenzentrums. Gut so! Das Kulturprogramm war mit dem Filmorchester Babelsberg und Künstlerinnen und Künstlern vom Hans-Otto-Theater mit Texten und Musik von Brecht, Gundermann und Silly gut gewählt und überzeugend dargeboten. Bleibt noch, Birgit Müller (LINKE) und Jann Jacobs (SPD) zur Eintragung ins Goldene Buch der Stadt zu gratulieren. Wie schön: Ein sehr gelungener Neujahrsempfang der Landeshauptstadt Potsdam. Draußen vorm Nikolaisaal ging's dann ganz öffentlich weiter ...

Anita Tack

Die 1. Tagung des 7. Landesparteitags der LINKEN Brandenburg findet am 22. und 23. Februar 2020 in Templin statt. Der Landesparteitag wird alle Gremien des Lan-

desverbandes neu wählen: den Landesvorstand, die Landeschiedskommission sowie die Landesfinanzrevisionskommission.



## Das LINKE Konzept für einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft



Aus: Beschluss des Parteivorstandes vom 11. Januar 2020

Wir wollen einen aktiven Sozialstaat, der die Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und Behinderung sowie Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit solidarisch absichert, vor Armut schützt und im Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde garantiert. Wir setzen auf die finanzielle Förderung der Selbstorganisation aus öffentlichen Mitteln, insbesondere der Erwerbslosen. Sozialstaatliche Leistungen müssen auf individuellen Rechtsansprüchen beruhen, um patriarchale Abhängigkeiten und behördliche Willkür zu verhindern. (Erfurter Programm DIE LINKE) "Die soziale Revolution (...) kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft." (Karl Marx)

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Sie ist aus den Protesten gegen die Agenda2010 entstanden und seitdem beständig die Stimme der Menschen, deren Würde mit den Hartz-Gesetzen verletzt wurde. Unsere beharrliche Kritik trägt Früchte: Die Parteien, die die Agenda2010 durchgesetzt haben, rücken nach und nach davon ab. Die Stimmen für bedarfsdeckende öffentliche Infrastrukturen werden lauter. Mehr Beschäftigte streiken für Tarifbindung, höhere Einkommen und für Arbeitszeitverkürzung und nehmen nicht hin, dass sie in prekäre Jobs abgedrängt werden. Das ist eine gute Voraussetzung, um für andere Mehrheiten, für ein anderes Modell von Gerechtigkeit, von Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und von Wohlstand zu kämpfen. Auch die Gegenkräfte for-

mieren sich: Auf Seiten des Kapitals werden zwar Begehrlichkeiten für staatliche Investitionen laut, doch gegen höhere Löhne und Sozialleistungen, gegen Investitionen, die vor allem auf öffentliches Eigentum und den Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet sind, machen sie mobil. Die Zeit ist reif, dass Gewerkschaften, Sozialverbände und alle Kräfte, die einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft wollen, zusammenkommen, um dagegen zu halten. Und gemeinsam einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft erkämpfen. Die Partei DIE LINKE wird sich an diesen Kämpfen aktiv beteiligen, sie unterstützen und vorantreiben. Sie steht immer auf der Seite der Menschen, die von ihrer Arbeit leben oder die sozial benachteiligt oder ausgegrenzt werden, und gemeinsam für ihre Interessen streiten. Mit unseren Überlegungen zum Linken Sozialstaat der Zukunft unterbreiten wir ein alternatives Ordnungsangebot und ein Versprechen: Wir sind entschlossen für die Umsetzung zu kämpfen. Wenn es um soziale Garantien, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, gute Arbeit sowie ums Öffentliche geht, gilt für uns: Wir wollen das umsetzen: mit all unserer Energie, mit aller Entschiedenheit, mit allem Kampfesmut und mit Klugheit. (ausführlich: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de))

## Kämpfen für einen Sozialstaat der Zukunft

Wie sieht der Sozialstaat der Zukunft aus? Kann er in einer digitalen und automatisierten Welt bestehen? Um einen starken Sozialstaat zu entwickeln, müssen wir klar benennen, was dieser für uns als demokratische Sozialisten leisten soll. Es geht dabei um mehr als einen löchrigen Schutz vor extremer Armut.

Unser Leitbild ist Schutz vor Angst: dem Schutz davor, dass gesellschaftliche Teilhabe unmöglich wird, weil ein Mensch, in einer bestimmten Lebenslage, nicht den kapitalistischen Leistungsansprüchen genügt. Unserem Sozialstaat liegt die Idee zugrunde, die Angst vor Armut und Isolation, die uns im kapitalistischen System in die Lohnarbeit zwingt, zu überwinden.

Das heißt nicht, dass Arbeit sich nicht lohnen sollte. Wer Großes, Kleines, Mühseliges und Schönes leistet, gehört gut bezahlt. Wir möchten Hartz IV nach vorn auflösen: Unser Sozialstaat kennt nicht mehr die Angst, von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu werden. Wir wollen nicht einfach nur etwas Vergangenes zurück. Der Sozialstaat der Nachkriegszeit war auf erwartbare Berufsbiografien ausgelegt. Er ging oft-

mals von Einkommensverhältnissen aus, bei denen ein Einkommen eine ganze Familie versorgen könnte und musste. Unser neuer Sozialstaat muss und wird diese Abhängigkeiten kappen und die Freiheit der Lebensentwürfe ermöglichen. An dieser Stelle bietet die Digitalisierungskonferenz vom vergangenen Dezember Inspiration. In den Debatten wurde deutlich: Erwerbsbiografien sind nicht mehr linear und die Beschäftigungsverhältnisse finden über Freiberuflichkeit und Plattformarbeit in der Peripherie des alten Sozialstaatskonzeptes statt. In den Debatten um neue Arbeitswelten zeigte sich, warum wir für Neues und für Altes kämpfen wollen. Ein Sozialstaat, der es ermöglicht, dass die Arbeit zum Leben passt. Solidarische Umlagesysteme, finanziert dadurch, dass alle Einkommensarten beteiligt werden, müssen eine unkomplizierte Mindest- und Lebensstandardsicherung sicherstellen.

Der zweite Punkt, der debattiert wurde, macht deutlich, dass wir auch für Altes kämpfen müssen. Arbeitsrechte und Tarifbindung sind der beste Schutz vor prekärer Arbeit. Hier dürfen wir nicht zulassen, dass Unternehmen die Rechte von Beschäftigten aushöhlen. Der Kampf für diese alten Konzepte wird sich auch in Zukunft lohnen. Denn auch zukünftige Kämpfe um eine gerechtere Gesellschaftsordnung werden von solidarischen Organisationsformen Erwerbstätiger stark profitieren.

Jörg Schindler,  
Bundesgeschäftsführer der LINKEN



## Ho, Ho, Hohenzollern

Der politisch-juristische Streit rund um die Entschädigungsforderungen aus dem Hause Hohenzollern erreichte Mitte Januar auch die bundespolitische Bühne. Zu verdanken ist dies einem Antrag unserer Fraktion, der die Bundesregierung auffordert an keinerlei außergerichtlichen Verhandlungen mit den Nachfahren der einstigen Monarchen teilzunehmen und den bereits eingeschlagenen Weg der juristischen Klärung konsequent und bis zur letzten Instanz durchzuziehen. Spätestens seitdem die Brandenburger LINKE eine Volksinitiative gegen weitere Geheimverhandlungen startete, ist das Thema in aller Munde. Zuletzt sezierte Satiriker Jan Böhmerrmann, warum die blaublütigen Vorfahren eben doch dem Nationalsozialismus erheblich Vor Schub leisteten. Denn das ist die entscheidende Frage, welche gerichtlich zu klären ist und die durch einen Großteil der historischen Wissenschaft bejaht wird. Doch weder die humoristische Aufarbeitung Böhmerrmanns, noch die unzähligen empörten Kommentare und Einordnungen quer durch die Medienslandschaft, scheinen SPD bis CDU erreicht zu haben, möchte man zumindest nach der Debatte im Bundestag meinen. Diese führte auch zu Kronzeugen, welche die Koalition eher selten bemüht: Wilhelm Pieck und Erich Honecker. Einerseits hielt man uns einen Antrag Piecks aus dem Jahr 1926 vor, in dem auch er forderte: „jede weitere Verhandlung sofort einzustellen“. Schlussendlich durfte auch nicht die Analogie auf die „SED-Milliarden“ (AfD) fehlen, deren Verschwinden wir zu verantworten hätten. So skurril diese Schlaglichter die bisher geführte Debatte erscheinen lassen, so erschütternd ist es, wie weichgewaschen und ich welchen Fehlfarben das Bild auf die vergangenen 100 Jahre deutscher Geschichte gezeichnet wird. Die Familie Hohenzollern ist eben keine Familie wie jede andere und wenn sie sich nun „Eigentum“ zurück wünscht, unterschlägt das auf geradezu zynische Weise, wie diese Reichtümer zustande kamen: Durch die jahrhundertelange Ausbeutung halb Europas und vieler anderer Teile der Welt; durch Imperialismus, Kolonialismus und Krieg.

Norbert Müller (MdB)

## Fehler nicht wiederholen

Ich bin sehr froh darüber, dass die „MAZ“ Christian Nätke und damit einer Gruppe der Stadtbevölkerung eine Wortmeldung ermöglicht hat, von der sonst eher selten zu lesen ist. Und die Antwort von Barbara Kuster verleiht den bekannten Widersprüchen neue Kontur. Auf den Punkt gebracht lesen wir dort: Die stadtarchitektonischen Erinnerungen der Alten müssen im Stadtbild bewahrt sein – und sei es durch Errichtung von Kopien des im Krieg Zerstörten; die Erinnerungen der Jungen dagegen sind bedeutungslos, ein Abriss dieser Nachkriegsarchitektur daher unbedenklich.

Diesen Standpunkt teile ich ausdrücklich nicht. Deshalb habe ich mich auch gegen den Abriss der Fachhochschule gewehrt und mich bei der kurzzeitigen Besetzung des Gebäudes 2018 durch die Studierenden vor Ort dafür eingesetzt, dass die Besetzung über Nacht geduldet wird, damit die jungen Leute noch einmal die Möglichkeit haben, mit ihrem Standpunkt zur Entwicklung der Stadtmitte gehört zu werden. Die Besetzung durch die Polizei zu beenden emp-



Das Rechenzentrum Potsdam - Quartier für viele Künstler\*innen

fand ich für die Kulturstadt Potsdam als würdelos und völlig unangemessen. Ich bin gemeinsam mit den zahlreich Protestierenden erfolglos geblieben. Die Chance, das Gebäude und den öffentlichen Raum zu erhalten und durch intelligente Sanierung zu einem neuerlich identitätsstiften-

den, auch für die Besucher der Stadt einmaligen öffentlichen Ort in Potsdams Mitte zu entwickeln, wurde vertan. Jetzt wird alles – auf nunmehr privatisiertem Grund und Boden – „wie früher“. Und mit „wie früher“ ist das Vorkriegsfrüher gemeint. Und das soll Zukunft sein?

Christian Nätkes Lied hatte – warum soll ich's verschweigen – seine Premiere bei meinem Abschied aus der Berufspolitik Ende September 2019 und erhielt großen Beifall. Und dieser Abschied fand nicht zufällig im Rechenzentrum statt. Denn darum geht es jetzt: Den Fehler, der mit dem Abriss der FH gemacht wurde, beim Rechenzentrum nicht zu wiederholen. Wir vom FÜR (Freundliche Übernahme Rechenzentrum) e.V. und viele aus der Stadtgesellschaft kämpfen für den Erhalt des Rechenzentrums, weil es ein gut funktionierendes soziales, kulturelles Zentrum und zugleich einen wichtigen architektonischen Bruch in der Stadtsilhouette darstellt. Das spannungsreiche Nebeneinander von Turmneubau, den ich im Übrigen nie wollte, und Rechenzentrum wäre ein wichtiges Signal für die zukünftige nachhaltige Stadtgestaltung.

ANITA TACK  
LANGJÄHRIGE POTSDAMER LANDTAGS-  
ABGEORDNETE UND MINISTERIN A.D.;  
DIPLOM-ING. FÜR STADT- UND REGIONAL-  
PLANUNG

### tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine .

#### Wegmarken Potsdamer Demokratie - Neuer Flyer erschienen

Zum 1025. Geburtstag Potsdams hatte sich eine Arbeitsgruppe zusammengefunden, die mehrere Veranstaltungen – Führungen, Podiumsdiskussionen, Lesungen – zu wichtigen historischen Zäsuren unter dem Titel „Wegmarken Potsdamer Demokratie“ organisierte. Für 2020 hat dieses Bündnis wieder ihre neuen Angebote abgestimmt. Der neu entstandene Flyer ist seit Freitag, 17. Januar, in der Printversion erhältlich und steht ab sofort zum Download bereit. Weitere Informationen und Veranstaltungen finden Sie unter: [potsdam.de/wegmarken](http://potsdam.de/wegmarken)

#### Frauentagsfeier mit Martina Trauth

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Potsdam Martina Trauth, Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE, lädt anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2020 um 11 Uhr alle Potsdamer\*innen zu einer Matinee ins Hans Otto Theater ein. Unter dem Motto der 30. Brandenburgischen Frauenwoche „Zurück in die Zukunft“ gibt es ein vielfältiges Programm. Es spielt das Berliner Frauenblasorchester. Der Eintritt ist frei. Kinderbetreuung und Gebärdensprachdolmetschende werden nach kurzer Anmeldung angeboten.

#### „Samstage für Widerstand“

Sonnabend, 8. Februar 2020, 11.00 – 17.00 Uhr Potsdam, Lothar-Bisky-Haus: „Samstage für Widerstand“, Modul 1: How to Basisgruppe und Einführung in den Verband. Der Kurs „Samstage für Widerstand – Seminarreihe für linke Theorie und Praxis“ soll daher Orientierung bieten und Grundlagen für die politischen Herausforderungen des Alltags vermitteln. Dabei setzt der Kurs auf eine Verbindung von Theorie und Praxis. Die Themen werden in vier Tagesworkshops, die jeweils Samstag stattfinden, behandelt. Info & Anmeldung: [www.ljsbb.de](http://www.ljsbb.de)



#### Schlosstheater öffnet bald wieder

Das historische Theater im Neuen Palais öffnet bald wieder. Wie die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten mitteilt, sind „die wesentlichen Brandschutz- und Dekontaminierungsmaßnahmen erfolgreich abge-



Blick in das historische Schlosstheater im Neuen Palais von Sanssouci vor der Sanierung

Foto: SPSG / Leo Seidel

schlossen.“ Im Juni wird der Spielbetrieb nach 7 Jahren mit einer Auf- führung der Musikfestspiele Potsdam Sanssouci starten. Im Winter soll dann die Potsdamer Winteroper ebenfalls ins Schlosstheater wechseln.

#### Schwerpunktthema: „Unter Kontrolle? Militär & Politik“ WeltTrends – Das außenpolitische Journal / Heft Januar 2020 (Nr. 159) erschienen

Die Ausgaben für Rüstung steigen, global und auch hierzulande. Wie aber soll eine Armee in unserem System funktionieren? Wie ist sie zu-

sammengesetzt? Aus Wehrpflichtigen oder aus Söldnern, wie die unsrige? Und angesichts der Spezifik dieses sozialen Verbandes – das Monopol der institutionalisierten Gewalt – muss gefragt werden, wie die zivile Gesellschaft „die Wächter“ kontrolliert. Im Thema geht es um diese Fragen. Sie werden in den Beiträgen von Gregor Schirmer, Ulf von Krause und Norman Paech am Beispiel der Bundeswehr als „Parlamentsheer“ diskutiert. Dies wird durch Blicke auf Frankreich, Kolumbien und Südkorea ergänzt. Drei Beispiele, die zeigen: Die konkreten Situationen sind sehr verschieden, jedoch steht

überall die gleiche Herausforderung: die institutionellen Kontrollen herzustellen und das Primat der Politik über das Militär zu sichern.

Im WeltBlick geht es sowohl um Geschichte – konkret die deutsche Kolonialgeschichte in Afrika – und um die kleine Insel Diego Garcia im Indik, die eine außerordentliche geostrategische Bedeutung hat. Mit den Beiträgen von Wolfram Wallraf und Karl-Martin Hentschel setzen wir die Debatte zur Europäischen Union fort. In der Historie wird an den US-Präsidenten Woodrow Wilson erinnert, der vor 100 Jahren vom globalen Süden geradezu als „Messias“ gefeiert wurde, aber dann jämmerlich enttäuschte.